son 1 signe of a Gesetz = Sammlung 1 20 1 biling

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Artichaft übertragen ne<u>arben, bed</u>at **Nr. 19.** 19. 19. Etantobederbe

Auhalt: Gefeg, betreffend bie Berliner Stabtfynobe und bie Parodialverbanbe in großeren Orten, G. 175. - Berordnung über bas Infrafttreten bes Gefetes, betreffend bie Berliner Stadtfynobe und bie Parodialverbanbe in großeren Orten, G. 182.

(Nr. 9741.) Gefet, betreffend bie Berliner Stadtspnode und bie Parochialverbande in größeren Orten. Bom 18. Mai 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, für den Geltungsbereich des Gesetzes vom 25. Mai 1874, betreffend die evangelische Rirchengemeinde= und Synodalordnung vom 10. September 1873 (Gefet = Samml. S. 147), was folgt:

im Urbrigen bewendet es, i. Ib. Indere wegen der Genehmigung der

Der nach dem anliegenden Kirchengesethe, betreffend die Berliner Stadtsynode und die Varochialverbände in größeren Orten, vom 17. Mai 1895 gebildete Stadtspnodalverband der Haupt- und Residenzstadt Berlin, sowie die nach Artikel II deffelben Kirchengesetes zu bildenden Gesammtverbände in anderen Ortschaften tonnen Rechte, namentlich auch an Grundstücken, erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, insbesondere auch Unleihen aufnehmen, flagen und verklagt werden.

Die Anleihen dürfen nur zur Erwerbung von Grundstücken, sowie zur Errichtung neuer firchlicher Gebäude und Einrichtung von Begräbnifpläten verwendet werden. I will soon soonwilliams winder

S. 2. Die Berliner Stadtsynode, sowie die Verbandsvertretungen der anderen Gefammtverbande und deren Organe üben die im Artifel I & 5, 6 und 10 des Rirchengesetzes gedachten Rechte in Betreff der Vermögensverwaltung ihrer Verbände und der Vertretung derselben in vermögensrechtlicher Beziehung.

Die zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Beschlüsse werden Dritten

gegenüber nach Artifel I S. 10 Abfat 1 bes Rirchengesetzes festgestellt.

Befet . Samml. 1895. (Nr. 9741.)

S. 3.

Artifel I SS. 1, 2 Absat 1, 2 und 4, SS. 5, 6 und 10 Absat 1, sowie Artifel II des Kirchengesetzes konnen ohne Bestätigung durch ein Staatsgeset nicht abgeändert werden.

§. 4.

Die Anordnung, durch welche die im Artifel I bes Kirchengesetzes bem Berliner Stadtsynodalverband übertragenen Rechte und Pflichten ganz ober theilweise dem nach Artitel II deffelben gebildeten Gesammtverbande einer anderen Ortschaft übertragen werden, bedarf ber Genehmigung ber Staatsbehörbe.

Die nach Artikel I S. 11 und Artikel II Absat 3 des Kirchengesetes zu erlaffenden Regulative bedürfen der vorgängigen Unerkennung seitens der Staats. behörde, daß die entworfenen Bestimmungen diesem Gesetze nicht zuwider sind.

Parochialverbinde in größeren Orten, 5. 2 1.8

Auf die Beschlüsse über Umlagen (Artikel I S. 6 Absat 2 bis 4 des Kirchengesetzes) findet Artifel 3 Absat 3 und 4 des Gesetzes vom 25. Mai 1874 An-(Nr. 9741.) Gefett, betreffend bie Berliner Stadtspnede und bie Placech

wenduna.

Soll die Umlage, soweit sie anderen Zwecken, als zum Ersat für aufgehobene Stolgebühren ober zur Berichtigung des Antheils aller Gemeinden des Berbandes an den Kreis-, Provinzial- und General-Synodalkosten sowie an den für provinzielle und landestirchliche Zwecke ausgeschriebenen Umlagen dient, zehn Prozent der Summe der von den pflichtigen Gemeindegliedern jährlich an den Staat zu entrichtenden Ginkommenfteuer übersteigen, fo bedarf es der Genehmigung der Staatsbehörde, für Umlagebeschlüffe der Berliner Stadtsynode berjenigen bes Staatsministeriums.

Im Uebrigen bewendet es, insbesondere wegen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde zu den Beschlüffen der Berliner Stadtsunobe und der anderen Verbandsvertretungen, bei den Vorschriften der Artikel 24 und 27

Albsat 1 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 125).

Die im Artikel 24 a. a. D. vorgeschriebene staatliche Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn der Erwerb von Grundeigenthum im Falle einer Zwangsversteigerung zur Sicherung in das Grundbuch eingetragener Forderungen erfolgt. die Anleihen bürfen nur zur Erwerbung von Grundstüden, sowie zur

Errichtung neuer firchlicher Gebaube intelligen beit Begrabnikulägen von Weigern sich die Berliner Stadtsynode oder die Verbandsvertretungen anderer Gesammtverbande, gesetzliche Leistungen, welche aus der Berbandstaffe zu bestreiten sind, auf den Etat zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen, so findet Artifel 27 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 sinngemäße Anwendung.

Richengesetze gebachten Rechte-in Beiret der Bermögensverwaltung ihrer Berbände

Soweit dieses Geset diejenigen Staatsbehörden, welche die in ben § §. 4, 5 und 6 erwähnten Rechte auszuüben haben, nicht felbst bezeichnet, werden sie durch Königliche Verordnung bestimmt.

Dem Clabtfunobalverbanbe foigeig burch Anordnung bee Konfiftoriums

Die Festsetzung bes Zeitpunktes, mit welchem biefes Gesetz in Geltung tritt, bleibt Königlicher Verordnung vorbehalten.

Mit diesem Zeitpunkte treten alle diesem Gesetz und dem anliegenden

Kirchengesetz entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft.

Urfundlich unter Unferer Söchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Rönialichen Instegel.

Gegeben Profelwit, ben 18. Mai 1895. Innfad adamatidat Sill 1) bem Generalsuperintendeuten für bie Stadt Berlin, in Bakang- und

(L. S.) Wilhelm.

Fürft zu Sobenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepfch. Miquel. Thielen. Boffe. Bronfart v. Schellendorff. v. Röller. Frhr. v. Marfchall. Frhr. v. Sammerftein. Schönstedt. Domprebiger ober in feiner Rertretung ber nächstälteste Domprebiger einz

3) ben Suverintendenten ber jumi Stadtfonodalverbande geborigen Diogesten,

pfern sie nicht schon auf Grund der Nr. 2 berufen sind, . spalin Daiblien Mitgliebern in deppelter gabl der jum Stadtspinobalverbande

Kirchengesetz,

wählen, daß jede Gemeinde einen Idnefferted geitigen oder früheren innerhalb bes

die Berliner Stadtspnode und die Parochialverbande in größeren Orten. Vom 17. Mai 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

find, nach den von dem Stadischnerbeiterich in Cinverstandniffe mit bem

verordnen, unter Zustimmung der Generalsynode, für den Geltungsbereich ber Kirchengemeinde= und Synodalordnung vom 10. September 1873, was folgt: fällen der Borstand der Stadtsunde. Wird dies verweint, so fieht innerhalb

einer Frift von 14 Lagen ber b. I Prifft Gemeinde die Beschwerde an bas Rentificrium an welches enbaültig en

Wall der Miglieder erfort. Lauf drei Jahre und wird durch die Sämmtliche Kirchengemeinden, welche einer der Berliner Kreissynoden angehören und ihren Gig in der Stadt Berlin haben, werden, unbeschadet des Berhältniffes zu ihren Kreissynoden, zu einem Gefammtverbande vereinigt, deffen Vertretung durch die Stadtsynode erfolgt.

(Nr. 9741.)

Dem Stadtspnodalverbande können burch Anordnung des Konsistoriums auch solche Kirchengemeinden angeschlossen werden, welche ihren Sitz nicht in der Stadt Berlin haben, aber an eine zum Synodalverbande gehörige Kirchengemeinde angrenzen. Es bedarf hierzu der Einwilligung der Stadtsynode, sowie der Zustimmung der Organe der anzuschließenden Gemeinde, welche letztere jedoch im Falle des Widerspruchs durch die Provinzialsynode ergänzt werden kann.

S. 2

Die Stadtsunode besteht auß:

1) dem Generalsuperintendenten für die Stadt Berlin, in Vakange und Behinderungsfällen dem vom Kirchenregimente ernannten Vertreter;

2) je einem Pfarrgeistlichen der zum Stadtspnodalverdande gehörigen Kirchengemeinden, und zwar demjenigen, welcher den Vorsitz im Gemeindekirchenrathe zu führen hat, oder in seiner Vertretung demjenigen Geistlichen oder Aeltesten, welcher zu seiner Stellvertretung im Vorsitz berufen ist. Für die Domgemeinde tritt der Ober-Hof- und Domprediger oder in seiner Vertretung der nächstälteste Domprediger ein;

3) den Superintendenten der zum Stadtsynodalverbande gehörigen Diözesen, sofern sie nicht schon auf Grund der Nr. 2 berufen sind;

4) gewählten Mitgliedern in doppelter Zahl der zum Stadtspnodalverbande gehörigen Kirchengemeinden. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen, welcher im Fall der Behinderung eintritt.

Die Hälfte der unter Nr. 4 bezeichneten Mitglieder ist in der Weise zu wählen, daß jede Gemeinde einen ihrer derzeitigen oder früheren innerhalb des Stadtspnodalverbandes wohnenden Aeltesten entsendet. Die andere Hälfte ist aus den angesehenen, kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Stadtspnodalverbandes in der Weise zu wählen, daß jede Gemeinde, welche mindestens 10 000 Seelen zählt, ein solches Mitglied entsendet. Die übrigen Mitglieder sind, nach den von dem Stadtspnodalvorstande im Einverständnisse mit dem Konsistorium für jede Wahlperiode zu treffenden Bestimmungen, von den nach Seelenzahl sowie sonstigen Verhältnissen bedeutendsten Gemeinden zu wählen. Falls das Konsistorium sein Einverständniß versagt, entscheidet der Evangelische Oberkirchenrath.

Ob eine Gemeinde mindestens 10 000 Seelen zählt, entscheidet in Zweifelsfällen der Borstand der Stadtspnode. Wird dies verneint, so steht innerhalb einer Frist von 14 Tagen der betheiligten Gemeinde die Beschwerde an das

Konsistorium zu, welches endgültig entscheidet.

Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf drei Jahre und wird durch die vereinigten Gemeindeorgane vollzogen; wo verfassungsmäßig eine Gemeindes vertretung nicht vorhanden ist, erfolgt die Wahl durch den Gemeindefirchenrath, in der Domgemeinde durch das Domkirchenkollegium. Die Gewählten müssen das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben.

§. 3.

Der Vorstand ber Stadtspnode hat über die Legitimation ihrer Mitglieder zu entscheiden. Gegen die Entscheidung fann auf die Beschlußfaffung der Stadtfunode angetragen werden. vom Bortigenden aber bessen Stellvertieter in den Borgiand einberufen. Ginneber der Norfigende oder detten Stellvertre.4. Ein Geifflicher sein, desallichen zie

Diejenigen weltlichen Mitglieder der Stadtspnobe, welche noch kein Gelübbe als Aelteste abgelegt haben, werden von dem Borfitenden der Stadtspnode mit bemienigen Gelübde verpflichtet, welches die Mitglieder der Provinzialsynode nach 6. 63 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 zu leisten haben. Wied murielt dem genuteredrolk ein de toell edwoltzolk mol der Stadigmode, fewie die Anspiderige Arre Beichlüffe, infeweit nicht leglere nach Mohande dieses Gereges und der E. R. d. erlaßeirden Regulative dem

Auf die Stadtspnode gehen die Befugnisse und Berbindlichkeiten der bis-

berigen vereinigten Kreissynoden über.

Der Stadtsynode liegt, unbeschadet der Rechte und Pflichten der Aufsichtsbehörden und der einzelnen Kirchengemeinden, die Förderung einer ausreichenden Ausstattung der Stadt Berlin mit außeren firchlichen Ginrichtungen, insbesondere

Pfarrstellen, firchlichen Gebäuden, Begräbnifplägen, ob.

Auch hat sie die Verpflichtung, den einzelnen Kirchengemeinden diejenigen Mittel zu gewähren, welche fie zur Erfüllung der ihnen obliegenden gesetzlichen Leiftungen bedürfen und in Ermangelung zulänglichen Kirchenvermögens und dritter Berpflichteter (Patrone, Stadtgemeinde Berlin 2c.) sich nicht ohne Umlagen beschaffen können. 1982 mit Idasse mid splangsbalk mid dan midiser al Nitglieder vom Abrilikenden in den Ales but einberufen. Ein meiftlisches Mitalied des 1880. Toringen nimmt an den Titungen des

Der Stadtsynodalverband kann Rechte, namentlich auch an Grundstücken, erwerben und Berbindlichkeiten eingehen, insbesondere auch Anleihen aufnehmen, flagen und verklagt werden.

Die Mittel, welche die Stadtsunode zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf, werden, soweit nicht andere Einnahmen zu Gebote stehen, durch Umlage beschafft.

Die Umlagen werden unmittelbar auf die Gemeindeglieder fämmtlicher Kirchengemeinden des Stadtsynodalverbandes vertheilt. Sie muffen gleichzeitig in allen Gemeinden nach gleichem Maßstabe erhoben werden.

Für den Repartitionsfuß gilt die Vorschrift des S. 31 Nr. 6 der Kirchen-

gemeinde= und Synodalordnung vom 10. September 1873.

Ausschuffes unterfichrieben und mit dem Siegel des Liesichuffes verseben sein

Nierdund wirt Dritten gegenüber 1.7. 3. maigemäßige Kallung der Beichliffe Die Stadtsunode wählt für die Dauer jeder Synodalperiode einen Borftand und einen geschäftsführenden Ausschuß, letteren mit Ausschluß seines Borfigenden (S. 9). Beide bleiben bis zur Bildung eines neuen Vorstandes und Ausschusses in Thätiakeit.

(Nr. 9741.)

S. 8.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter desselben und dei Beisitzen. Für die Beisitzer werden Stellvertreter gewählt. Sie werden nach der Reihenfolge ihrer Wahl zur Vertretung behinderter Beisitzer vom Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter in den Vorstand einberusen. Entweder der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter muß ein Geistlicher sein, desgleichen je einer von den Beisitzern und deren Stellvertretern.

Bur Beschlußfähigkeit des Vorstandes ist die Anwesenheit des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters, sowie zweier Mitglieder oder der für sie einberufenen

Stellvertreter erforderlich, mog pmindroladomis dan admaniaguadring und 80.

Dem Vorstande liegt ob die Vorbereitung und Leitung der Verhandlungen der Stadtspnode, sowie die Ausführung ihrer Beschlüsse, insoweit nicht letztere nach Maßgabe dieses Gesetzes und des nach §. 11 zu erlassenden Regulativs dem geschäftssührenden Ausschuß zukommt.

Der Stadtinnede liegt, underschafel. ger Rechte und Pflichten der Auffichte

Der geschäftsführende Ausschuß besteht

- 1) aus dem Generalsuperintendenten für die Stadt Berlin, in Bakanzund Behinderungsfällen dem nach §. 2 Nr. 1 ernannten Vertreter, als Vorsitzenden, und
- 2) aus fechs Mitgliedern. in annienment in die netwied impunities

sonolall anda Für lettere werden Stellvertreter gewählt. (1) rototellurale rating

Sie werden nach der Reihenfolge ihrer Wahl zur Vertretung behinderter Mitglieder vom Vorsitzenden in den Ausschuß einberufen.

Ein juristisches Mitglied des Konfistoriums nimmt an den Sitzungen des

Ausschuffes mit berathender Stimme Theil.

§. 10.

Der geschäftsführende Ausschuß vertritt den Stadtspnodalverband in vermögensrechtlicher Beziehung, in streitigen wie in nicht streitigen Rechtssachen nach außen und verwaltet dessen Bermögen nach Maßgabe der Beschlüsse der Stadtsspnode. Urfunden über Rechtsgeschäfte, welche den Stadtspnodalverband gegen Dritte verpslichten sollen, ingleichen Bollmachten, müssen unter Ansührung des betreffenden Beschlusses der Stadtspnode beziehungsweise des geschäftsführenden Ausschusses von dem Borsissenden und zwei Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses unterschrieben und mit dem Siegel des Ausschusses versehen sein. Hierdurch wird Dritten gegenüber die ordnungsmäßige Fassung der Beschlüsse der Stadtspnode sowie ihres geschäftsführenden Ausschusses festgestellt, so daß es eines Nachweises der einzelnen Erfordernisse derselben nicht bedarf.

Bur Beschluffähigkeit des Ausschusses ist die Anwesenheit des Borfigenden

und die von drei Mitgliedern oder Stellvertretern erforderlich. I in somuch aus

lange Geltung, die nach Artikel I S. 11 ein anderweites Regulativ zu Stande gekommen ift.

Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung der Stadtspnode und ihrer Organe werden durch ein in ihrem Einverständnisse von dem Konsistorium zu erlassendes Regulativ festgesetzt.

mlodlie Artifel II.

Auch in anderen Ortschaften, welche mehrere, unter einem gemeinsamen Pfarramt nicht verbundene Parochien umfassen, können die im Artikel I dieses Gesetzes dem Berliner Stadtspnodalverband übertragenen Rechte und Pflichten ganz oder theilweise einem aus einigen oder sämmtlichen Kirchengemeinden der betreffenden Ortschaft, geeigneten Falles unter Einbeziehung angrenzender Kirchen-

gemeinden gebildeten Gefammtverband übertragen werden.

Erfolgt die Bildung eines folchen Verbandes, so werden die der Berliner Stadtspnode übertragenen Befugnisse und Verpflichtungen von einer besonderen, aus den Vorsitzenden der Gemeindekirchenräthe sämmtlicher Verbandsgemeinden und der mindestens doppelten Anzahl gewählter Mitglieder zu bildenden Verbandsvertretung ausgeübt, welche letztere von den vereinigten Gemeindeorganen der einzelnen Gemeinden aus den jeweiligen Aeltesten und Vertretern der betreffenden Gemeinde auf die Dauer ihres Hauptamts zu wählen sind.

Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung und Geschäftsführung der Verbandsvertretung werden im einzelnen Falle durch ein vom Konsistorium unter Theilnahme des Provinzial-Synodalvorstandes zu erlassendes Regulativ

festgesett.

Die Anordnung erfolgt durch das Konsistorium unter Theilnahme des Provinzial-Synodalvorstandes und erfordert die Zustimmung aller betheiligten Gemeinden oder, falls die Seelenzahl der ihr zustimmenden Gemeinden wenigstens die Hälfte der Gesammtseelenzahl des zu bildenden Parochialverbandes beträgt, die Genehmigung der Provinzialsynode.

Artifel III.

Die Festssetzung des Zeitpunktes, mit welchem dieses Gesetz in Geltung tritt, bleibt Königlicher Verordnung vorbehalten.

Mit diesem Zeitpunkte kommen die vereinigten Kreissynoden von Berlin

in Wegfall.

Die Organe der bisherigen vereinigten Kreissynoden von Berlin bleiben jedoch noch so lange als Organe der Stadtsynode in Wirksamkeit, bis diese neu gebildet ist.

Auch behält für die Stadtspnode das Regulativ der vereinigten Kreissynoden, insoweit es mit den Bestimmungen dieses Gesetzes vereinbar ist, so

(Nr. 9741—9742.)

lange Geltung, bis nach Artikel I S. 11 ein anderweites Requiativ zu Stande gekommen ift.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Röniglichen Insiegel. Gegeben Prökelwig, ben 17. Mai 1895.

(L. S.)

Wilhelm.

gemalungung mong reinn gereichen geblom gertign Berhinderung bes Prafibenten erfaid I bilitale aus sie ummit anstitute maide des Evangelischen Ober-Kirchenraths:

undille our stade namonatione amaliente oven der Golf. Bestellt anne doer theihveite einem aus einigen ober fammtlichen Kirchengemeinden der

(Nr. 9742.) Berordnung über bas Intrafttreten bes Gefehes, betreffend die Berliner Stabt. fynode und bie Parochialverbande in größeren Orten. Bom 18. Mai 1895.

betreffenden Ortichaft, genaneten gallen unter Embeziehung angrenzender Rirchen-

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen auf Grund des S. 7 des Gesetzes, betreffend die Berliner Stadtsynode und die Parochialverbände in größeren Orten, vom 18. Mai 1895, auf ben Antrag Unferes Staatsministeriums, was folgt:

annichtunge mas ins dans Einziger Artikel. Das gemanntenbanderese vos

Das Gefet, betreffend die Berliner Stadtsynode und die Parochialverbande in größeren Orten, vom 18. Mai 1895 tritt mit bem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Infiegel, berniff modnodlid up des Idagnologhumusbed und sollhes vis

Gegeben Pröfelwit, den 18. Mai 1895.

unten Recisionanden von Werlin bleiben

(L. S.) Wilhelm.

Fürft zu Sobenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepfch. Miquel. Thielen. Boffe. Bronfart v. Schellendorff. v. Köller. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Sammerftein. Schönftebt.

Redigirt im Bureau bes Staatsministeriums. Gerlin, gebrudt in ber Reichsbruderei. 11th & floutoffte angomus